

## Kiesabbau: Frist bis April ist nicht zu schaffen

**Brechen.** Die Stellungnahme der Gemeinde Brechen zum Quarzkiestagebau in Werschau kollidiert mit der Kommunalwahl. Gestern hat Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) ein entsprechendes Schreiben an das Regierungspräsidium in Gießen geschickt, nachdem er zwei Tage lang telefonisch versucht hatte, die Angelegenheit mit dem RP zu klären. Der Grund: Am Mittwoch ist im Rathaus ein Schreiben des RP eingegangen mit der Aufforderung, sich spätestens bis zum 8. April zum Verfahren zu äußern „und die Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen“. Die Antragsunterlagen sind der Gemeinde in digitaler Form als CD-Rom zugegangen.

„Schon jetzt können wir Ihnen mitteilen, dass wir zur Beurteilung des Vorhabens um Übersendung der gutachterlichen Stellungnahme zur Grundwasserthematik bitten. Dieses Themenfeld ist für uns von herausragender Bedeutung“, schreibt der Bürgermeister zurück. Außerdem zeigt er sich „sehr verwundert“, dass das Regierungspräsidium dieses für die Gemeinde so wichtige Verfahren gerade jetzt betreibe – das bisherige Kommunalparlament hat zum letzten Mal getagt, die neuen Gremien werden sich nach der Wahl erst im April wieder konstituieren. „Es ist zumindest sehr taktlos, diese Phase zu nutzen, ein Verfahren in die Wege zu leiten, das sich entscheidend auf das Gemeindegebiet Brechen-Werschau auswirkt.“

Im Gespräch mit der NNP fand der Bürgermeister deutliche Worte: „Bei jeder popeligen Garage werden Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft, und bei diesem komplexen Verfahren soll das die Gemeinde tun?“ Abgesehen davon habe die Gemeinde Brechen nicht die technischen Möglichkeiten, die über 40 Dateien der CD-Rom in einer ausreichenden Größe auszudrucken. „Diese Informationspflicht sehen wir beim Antragsteller“, so der Bürgermeister. Gerade die Planunterlagen und Übersichtspläne zum Kieswerk müssten auch in analoger Form vorhanden sein, um sich eine Übersicht zu verschaffen.

Die Antragstellung durch das Kieswerk Werschau sei zunächst noch für das Kalenderjahr 2014 angekündigt worden, dann auf „Anfang 2015“ verschoben, schließlich auf „Anfang 2016“ in Aussicht gestellt. „Das Verfahren scheint mithin durchaus geeignet, der Kommune eine gegenüber dem Antragsteller angemessene Frist einzuräumen“, so Schlenz. Diese Forderung sehe die Gemeinde Brechen gewahrt, wenn der Abgabetermin der Stellungnahme bis zum 30. August verlegt werde. *pp*

Artikel vom 27.02.2016, 03:00 Uhr (letzte Änderung 27.02.2016, 03:10 Uhr)

Artikel: [http://www.fnp.de/lokales/limburg\\_und\\_umgebung/Kiesabbau-Frist-bis-April-ist-nicht-zu-schaffen;art680,1877885](http://www.fnp.de/lokales/limburg_und_umgebung/Kiesabbau-Frist-bis-April-ist-nicht-zu-schaffen;art680,1877885)

© 2016 Frankfurter Neue Presse